

## Kommentierung des KfW-Nachhaltigkeitsindikators 2007

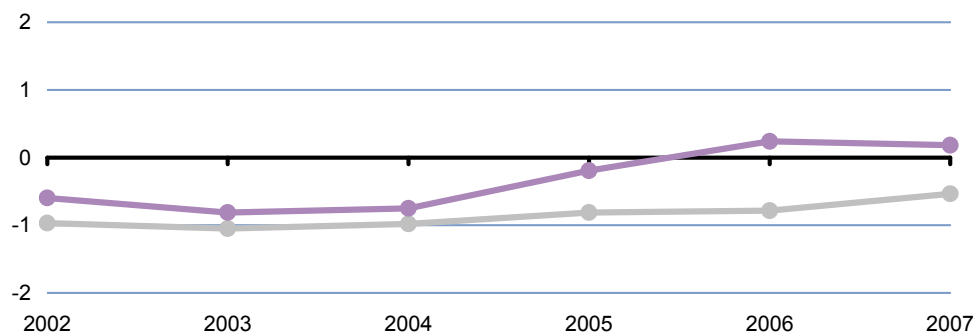
Frankfurt, 28.08.2008

### KfW-Nachhaltigkeitsindikator Überblick

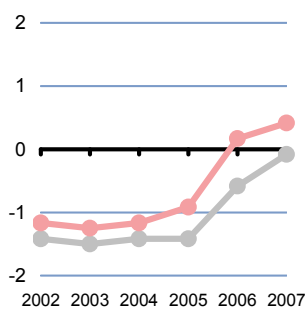
*Einheitliche Scorebewertung anhand des Durchschnitts der vorangegangenen 10 Jahre*

Scorepunkte	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Wirtschaft	-1,2	-1,3	-1,2	-0,9	0,2	0,4
Umwelt	-0,1	-0,3	-0,5	-0,1	0,8	0,0
Gesellschaftlicher Zusammenhalt	-0,5	-0,9	-0,6	0,5	-0,2	0,1
<b>Insgesamt</b>	<b>-0,6</b>	<b>-0,8</b>	<b>-0,8</b>	<b>-0,2</b>	<b>0,2</b>	<b>0,2</b>

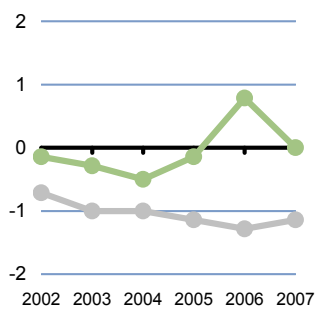
#### KfW-Nachhaltigkeitsindikator insgesamt



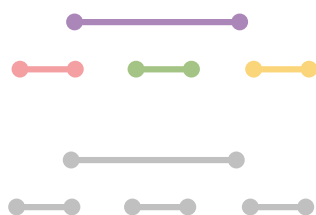
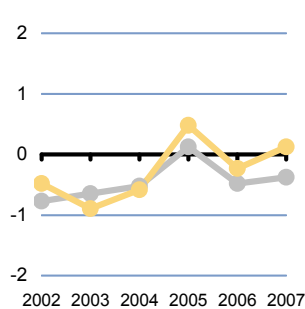
#### Wirtschaft



#### Umwelt



#### Gesellschaftlicher Zusammenhalt



Scoreergebnis bei Bewertung aller Basisindikatoren anhand des Durchschnitts der vorangegangenen 10 Jahre (wie in der Tabelle angegeben)

Scoreergebnis bei Bewertung anhand quantitativer politischer Zielvorgaben (wo möglich, ansonsten anhand des Durchschnitts der vorangeg. 10 Jahre)

## Gesamtscore

Im Jahr 2007 konnten weitere Fortschritte im Bereich der nachhaltigen Entwicklung in Deutschland erzielt werden. Wie im Vorjahr erreichte der KfW-Nachhaltigkeitsindikator einen Gesamtscore von 0,2 (siehe lila Kurve), was im Mittel eine leichte Übererfüllung der vergangenheitsorientierte Benchmark – definiert als gleitender Durchschnitt der vorangegangenen zehn Jahre – anzeigt. Gegenüber 2006 verbessert haben sich die beiden Nachhaltigkeitsdimensionen Wirtschaft und Gesellschaftlicher Zusammenhalt, die 2007 mit 0,4 bzw. 0,1 beide positive Gruppenscores erzielt haben. Der Gruppenscore der Nachhaltigkeitsdimension Umwelt verschlechterte sich zwar um 0,8 Zähler gegenüber 2006, sein Wert von Null zeigt jedoch an, dass sich die Gruppe Umwelt per saldo immerhin noch wie im Durchschnitt der vorangegangenen zehn Jahre (entspricht der vergangenheitsorientierten Benchmark) entwickelt hat. Gemessen an den vorliegenden quantitativen Politikzielvorgaben für eine nachhaltige Entwicklung lag der Gesamtscore des KfW-Nachhaltigkeitsindikators im Jahr 2007 mit -0,5 deutlich unter der Referenzlinie von Null (siehe graue Kurve). Auch wenn nach dieser Berechnung das beste Ergebnis seit sechs Jahren erzielt werden konnte, macht der Negativscore jedoch deutlich, dass weiterhin große Anstrengungen erforderlich sind, um die Politikzielvorgaben für eine nachhaltige Entwicklung erreichen zu können.

## Wirtschaft

Die wirtschaftliche Entwicklung verlief 2007 unter dem Blickpunkt der Zukunftsfähigkeit per Saldo noch günstiger als 2006. Mit einem Score von 0,4 hat die Dimension Wirtschaft im Rahmen des KfW-Nachhaltigkeitsindikators 2007 zum zweiten Mal in Folge den gleitenden Durchschnitt der dem Bezugsjahr vorangegangenen zehn Jahre übertroffen. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies einen Anstieg um 0,2 Zähler auf der fünfwertigen Scoreskala von -2 bis 2. Positive Beiträge kamen von den Schlüsselthemen Staatsverschuldung, Innovationen und Zukunftsvorsorge, die allerdings zum Teil mit einem Verlust an Wohlstand (Rückgang des Konsums, kein weiterer Freizeitgewinn) „erkauft“ worden sind. Beurteilt man die ökonomische Dimension der Nachhaltigkeit bei denjenigen Themen, für die die Politik quantitative Zielvorstellungen entwickelt hat (Zielvorgaben liegen für die Schlüsselthemen Staatsverschuldung und Innovationen vor), anhand der daraus abgeleiteten Referenznorm, so lag das Scoreergebnis 2007 nach einer nochmaligen Vorjahresverbesserung mit -0,1 Punkten nur noch ganz knapp unter der Nulllinie (2006: -0,6 Punkte). Die Nachhaltigkeitsdimension Wirtschaft kommt damit auf den höchsten politikzielorientierten Gruppenscore. Dazu beigetragen hat insbesondere der Erfolg bei der Haushaltskonsolidierung.

### *Wohlstand*

Die Wohlstandsindikatoren entwickelten sich 2007 per saldo negativ und fielen nach einem ausgeglichenen Ergebnis im Vorjahr wieder unter die historische Benchmark (Score: -0,7). Die Signale der drei Basisindikatoren waren allerdings sehr heterogen. So wuchs das reale BIP pro Kopf mit 2,6 % beinahe so rasant wie 2006, sodass dieser Teilaspekt zum zweiten Mal in Folge den Maximalscore von 2 erreichte. Dieser Anstieg konnte jedoch weder in einen Konsum- noch in einen Freizeitgewinn umgemünzt werden. Der reale Konsum pro Kopf sank vielmehr um 0,3 %, insbesondere weil mit der Mehrwertsteuererhöhung um 3 Prozentpunkte zu Beginn des Berichtsjahres Kaufkraft zu Gunsten der Haushaltskonsolidierung abgeschöpft worden ist. Das Konsumergebnis ist nach 2002 (-1,0 %) das zweitschlechteste seit der Wiedervereinigung (Score: -2). Zudem ging der BIP-Anstieg klar auf Kosten des Zuwachses an Freizeit: Die durchschnittliche Arbeitszeit pro Erwerbstätigem stagnierte 2007. Relativ zum Durchschnitt der vorangegangenen zehn Jahre bewertet (als die Arbeitszeit pro Erwerbstätigem im Mittel um 0,6 % jährlich abnahm), kam auch der indirekte Freizeitindikator nur auf den Minimalscore von -2 im abgelaufenen Jahr.

### *Staatsverschuldung*

Das zweite wirtschaftliche Schlüsselthema, die Staatsverschuldung, sorgte dagegen 2007 für ausgesprochen positive Nachrichten. Dank des Konjunkturaufschwungs und der Anhebung des Regelsatzes der Mehrwertsteuer zum Januar 2007 war das gesamtstaatliche Budget erstmals seit 1989 wieder ausgeglichen (sieht man einmal vom Jahr 2000 ab, als der Haushalt von außerordentlichen Einnahmen aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen profitiert hatte). Eine Defizitquote von 0,0 % des BIP ist mehr als ausreichend, um den Schuldenstand langfristig bei dem Maastricht-Referenzwert von 60 % des BIP zu stabilisieren. Entsprechend sprang der Score bei der politikzielorientierten Bewertung auf den Wert von 1 („Benchmark übertroffen“). Wegen der sehr deutlichen Verbesserung im Zeitablauf – noch 2005 hatte das deutsche Staatsdefizit zum vierten Mal nacheinander mehr als 3 % betragen – ergibt sich auf Basis der historischen Bewertung relativ zum Durchschnitt der vorangegangenen zehn Jahre (als das Defizit im Mittel bei 2,7 % des BIP lag) sogar zum zweiten Mal in Folge der Maximalscore von 2.

### *Innovationen*

Das Hervorbringen neuer Produkte und Herstellungsverfahren ist für die nachhaltige Entwicklung eines rohstoffarmen und exportorientierten Landes wie Deutschland von zentraler Bedeutung. Insofern ist es erfreulich, dass sich die Innovationsindikatoren (aktueller Datenrand 2006), relativ zum Zehnjahresdurchschnitt bewertet, gegenüber dem Vorjahr auf einen Scorewert von 0,3 verbesserten. Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) zeigen sich mit einem Wert von 2,53 % des BIP geringfügig höher als in den vergangenen fünf Jahren. Die deutlich niedrigeren Werte aus den 90er Jahren bewirken, dass bei der vergangen-

heitsorientierten Bewertung in den letzten sechs Jahren durchgängig positive Scores erzielt werden konnten. Wie im Vorjahr reichte es für ein Scoreergebnis von 1. Dies darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die FuE-Ausgaben damit weiter hinter das im Lissabon-Prozess festgeschriebene Ziel zurückfallen, wonach sie bis zum Jahr 2010 auf 3 % des BIP steigen sollen. Entsprechend beläuft sich ihr Score, alternativ gemessen an der politikzielorientierten Benchmark, am aktuellen Rand auf das Minimalergebnis von -2 und drückt so den am Politikziel ausgerichteten Score für das gesamte Schlüsselthema Innovationen relativ zu der vergangenheitsorientierten Bewertung um rund einen Zähler. Zudem entwickelte sich auch die Wachstumsrate der Patentanmeldungen deutscher Unternehmen beim Europäischen Patentamt tendenziell rückläufig. Allerdings nahm sie am aktuellen Rand entgegen der (längerfristigen) Tendenz wiederum leicht zu und unterschritt infolgedessen die vergangenheitsorientierte Benchmark nur moderat. Im Ergebnis erreichten die Patentanmeldungen wie im Vorjahr einen Score von -1. Der Anteil innovierender Unternehmen lag in den zurückliegenden fünf Jahren deutlich niedriger als in der Boomphase Ende der 90er-Jahre, zugleich aber substantiell höher als noch Mitte des vergangenen Jahrzehnts. Am aktuellen Rand ist der Anteil der innovierenden Unternehmen merklich gestiegen. Gemessen am Durchschnitt der vorangegangenen zehn Jahre fällt deshalb die Beurteilung dieses Basisindikators im Berichtsjahr gut aus: Der Score hat sich gegenüber dem Vorjahr von -1 auf 1 verbessert.

### *Zukunftsvorsorge*

Die Nettoanlageinvestitionen haben sich 2007 dank des kräftigen Konjunkturaufschwungs, der zunehmend Kapazitätserweiterungen erforderlich gemacht hat, von ihrem historischen Tief aus dem Jahr 2005 (2,5 % des BIP) weiter erholt. Gemessen am nominalen BIP stiegen sie im Vergleich zum Vorjahr um einen Prozentpunkt auf 4,3 %. Dies ist die höchste Nettoinvestitionsquote seit dem Jahr 2001, als der Kapitalstock um 5,0 % des BIP aufgestockt wurde. Zugleich entspricht das aktuelle Ergebnis knapp dem Durchschnitt der vorangegangenen zehn Jahre (4,5 %), sodass dieser zentrale Indikator der Zukunftsvorsorge – unter Berücksichtigung der zugestandenen statistischen Unschärfe bei der Scoreermittlung – erstmals seit vielen Jahren wieder die vergangenheitsorientierte Benchmark erreicht (Score 0).

## **Umwelt**

Die äußerst positive Entwicklung der Nachhaltigkeitsdimension Umwelt im Jahr 2006 mit einem Scorewert von 0,8 konnte 2007 nicht fortgeführt werden. Im Jahr 2007 fiel der Score für die Gruppe Umwelt wieder um 0,8 Zähler auf den Wert von Null. Im Mittel erreichten die Umweltindikatoren damit aber noch das Niveau des Durchschnitts der vorangegangenen zehn Jahre. Die Entwicklung in den sieben umweltbezogenen Schlüsselthemen verlief sehr heterogen – positive Entwicklungen wurden dabei durch negative kompensiert. Positive Beiträge kamen vor allem von den Themenbereichen Erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Flächeninanspruchnahme, während sich die Schlüsselthemen Klimaschutz (aktueller

Datenrand 2006), effiziente Rohstoffnutzung, Luftqualität und Artenvielfalt negativ auf den Gruppenscore auswirkten. Beurteilt man die Gruppe Umwelt unter zu Grunde legen quantitativer politischer Zielvorgaben (für alle umweltbezogenen Basisindikatoren liegen politische Zielvorgaben vor), so liegt das Scoreergebnis mit -1,1 deutlich unter der Referenzziellinie von Null, wobei sich das Ergebnis gegenüber dem Vorjahr leicht um 0,2 Zähler verbessert hat. Um die teils sehr ehrgeizigen Zielvorgaben im Umweltbereich erreichen zu können, sind weiterhin große Anstrengungen erforderlich. Zielabweichungen sind insbesondere bei den Schlüsselthemen Energieeffizienz, effiziente Rohstoffnutzung, Flächeninanspruchnahme und Artenvielfalt feststellbar.

### *Klimaschutz*

Der Gesamtausstoß aller klimarelevanten Treibhausgase ist in Deutschland zwischen 1990 und 2006 (aktueller Datenrand) um 18,4 % zurückgegangen. Damit konnte Deutschland seiner Verpflichtung aus dem Kyoto-Protokoll, die Treibhausgasemissionen bis 2008-2012 um 21 % zu reduzieren, bereits 2006 zu großen Teilen erfüllen. Entsprechend erreichte das Scoreergebnis bei der politikzielorientierten Bewertung den Wert von 1. Lag die Minderungsrate bei den Treibhausgasemissionen im Jahr 2005 noch bei 2,2 % – der größte Rückgang seit 1999 – blieben die Emissionen im Jahr 2006 gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert (Rückgang um 0,02 %). Dabei standen einem Zuwachs der CO<sub>2</sub>-Emissionen um 0,4 % durch gestiegenen Energieverbrauch und gesteigerter Eisen- und Stahlproduktion Minderungen der Methan- und Lachgasemissionen von 3,8 % bzw. 4,2 % gegenüber. Insgesamt lag die Treibhausgasreduktionsrate des Jahres 2006 damit deutlich unter dem Durchschnitt der vorangegangenen zehn Jahre (-0,8 %). Das Scoreergebnis bei der vergangenheitsorientierten Bewertung sank folglich um zwei Punkte auf den Wert von -1. Erste Prognosen des Umweltbundesamtes für das Jahr 2007 weisen dagegen wieder auf einen deutlichen Rückgang der Treibhausgasemissionen hin – ausgelöst durch einen verminderten Energieverbrauch (siehe hierzu Ausführungen beim Schlüsselthema Energieeffizienz).

Um den weltweiten Klimawandel mit seinen drastischen Folgen abschwächen zu können, bedarf es für zukünftige Verpflichtungsperioden des Kyoto-Protokolls nach 2012 weitaus ehrgeizigerer Emissionsreduktionsziele. Deutschland hat im Rahmen internationaler Klimaverhandlungen angeboten, seine Treibhausgasemissionen bis 2020 um 40 % unter das Niveau von 1990 zu senken, sofern die Europäische Union im selben Zeitraum die Emissionen um 30 % gegenüber 1990 reduziert und andere Staaten vergleichbar ehrgeizige Ziele übernehmen. Mit dem im Dezember 2007 verabschiedeten integrierten Energie- und Klimaprogramm (IEKP) hat die Bundesregierung bereits die ersten Weichen gestellt, um das ambitionierte Klimaschutzziel erreichen zu können. Wesentlicher Bestandteil dieses Maßnahmenpakets ist die Steigerung der Energieeffizienz und der weitere Ausbau der erneuerbaren Energien.

## *Erneuerbare Energien*

Die Erfolgsgeschichte des Ausbaus der erneuerbaren Energien konnte 2007 fortgeführt werden. Dies spiegelt sich auch in dem entsprechenden Themenscore wider, der gemessen an der historischen Benchmark im Jahr 2007 erstmalig den Maximalwert von 2 erreichte. Der Anteil der erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch ist in den vergangenen Jahren stetig angestiegen, zuletzt von 11,7 % im Jahr 2006 auf 14,2 % im Jahr 2007. Zum Erfolg dieser Entwicklung hat maßgeblich das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) beigetragen. Der überdurchschnittliche Zuwachs in 2007 um 2,5 Prozentpunkte wurde zudem durch das extrem windreiche Jahr 2007 begünstigt, was zu einer vermehrten Stromproduktion aus Windkraft führte. Die ursprüngliche Zielsetzung der Bundesregierung, bis zum Jahr 2010 12,5 % des Bruttostromverbrauchs mit erneuerbaren Energien zu decken, wurde damit schon 2007 vorzeitig erreicht. Mit Verabschiedung des novellierten Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) am 6. Juni 2008 hat der Deutsche Bundestag ein neues Ausbaziel beschlossen: Der Beitrag der erneuerbaren Energien zur Strombereitstellung soll bis 2020 auf mindestens 30 % ansteigen. Um dieses Ziel erreichen zu können, muss im verbleibenden Zeitraum bis 2020 das durchschnittliche Ausbautempo von bisher 1,0 (ermittelt für den Zeitraum 1998-2007) auf 1,2 Prozentpunkte pro Jahr erhöht werden (politikzielorientierte Scorebewertung in 2007: -1).

Auch der Anteil der erneuerbaren Energien an der Wärmebereitstellung ist in den vergangenen Jahren überdurchschnittlich angestiegen und lag 2007 bei 6,6 % (2006: 5,8 %). Das Wachstum der erneuerbaren Energien im Wärmebereich blieb jedoch deutlich hinter den Zuwächsen im Strombereich zurück. Hier will die Bundesregierung mit dem am 6. Juni 2008 verabschiedeten Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz (EEWärmeG), das eine Nutzungspflicht regenerativer Wärmequellen für Eigentümer von neuen Gebäuden ab dem 1. Januar 2009 vorsieht, und mit einer deutlichen Mittelaufstockung des bestehenden Marktanzreizprogramms zur Förderung erneuerbarer Energien im Wärmesektor (MAP) nachsteuern. Das Wärmegesetz legt fest, dass der Anteil der erneuerbaren Energien an der Wärmebereitstellung bis 2020 auf mindestens 14 % steigen soll. Um dieses Ziel erreichen zu können, muss das bisherige Ausbautempo (Durchschnitt der Jahre 1998-2007: 0,3 Prozentpunkte pro Jahr) im Zeitraum 2008-2020 nahezu verdoppelt werden (politikzielorientierte Scorebewertung in 2007: -1).

## *Energieeffizienz*

Zwischen 1990 und 2007 konnte die gesamtwirtschaftliche Energieproduktivität (preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Einheit Primärenergieverbrauch) in Deutschland bereits um knapp 40 % gesteigert werden. Im Jahr 2007 ist die Energieproduktivität im Vergleich zum Vorjahr um beachtliche 7,7 % angestiegen und lag damit sehr deutlich über der durchschnittlichen Entwicklung der vorangegangenen zehn Jahre (1,6 %), sodass dieser Basisindikator mit einem Maximalscore von 2 bewertet wurde. Der Grund für diesen starken Anstieg war ein

im Vergleich zum Vorjahr hoher Rückgang des Primärenergieverbrauchs (-4,8 %) bei gleichzeitig kräftigem Wirtschaftswachstum. Hauptverantwortlich für den gesunkenen Energieverbrauch waren einerseits die sehr milden Wintertemperaturen im Jahr 2007, die zu einem verminderten Energiebedarf für Raumwärme führte, sowie die hohen Energiepreise. Dämpfend auf den Energieverbrauch wirkte sich außerdem die Mehrwertsteuererhöhung aus, wegen der Öl- und Gaskäufe ins Jahr 2006 vorgezogen wurden. Die Bundesregierung hat sich im Rahmen der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie zum Ziel gesetzt, die gesamtwirtschaftliche Energieproduktivität bis 2020 gegenüber 1990 zu verdoppeln. Zur Erreichung dieses Zielwertes wäre im verbleibenden Zeitraum bis 2020 eine jährliche Steigerung der Energieproduktivität von durchschnittlich 2,8 % erforderlich. Zum Vergleich: In den letzten fünf Jahren lag die durchschnittliche Erhöhung mit 2,2 % pro Jahr deutlich darunter. Es sind also weitere erhebliche Anstrengungen zur Verbesserung der Energieproduktivität erforderlich (politikzielorientierte Scorebewertung in 2007: -2) – auch vor dem Hintergrund, dass die im letzten Jahr erzielten Erfolge zum Teil auf Einmaleffekte zurückzuführen sind (warmer Winter, Mehrwertsteuererhöhung).

#### *Effiziente Rohstoffnutzung*

Die gesamtwirtschaftliche Rohstoffproduktivität – ausgedrückt als das Verhältnis vom preisbereinigten Bruttoinlandsprodukt zur Inanspruchnahme nicht erneuerbarer Rohstoffe – hat sich zwischen 1994 und 2006 (aktueller Datenrand) um insgesamt 30,2 % erhöht. Eine Analyse des Statistischen Bundesamtes hat ergeben, dass die bisher erzielte Produktivitätsverbesserung im Wesentlichen auf einen Strukturwandel hin zu weniger rohstoffintensiven Branchen zurückzuführen ist, nicht aber auf einen im Durchschnitt sparsameren Einsatz der Rohstoffe innerhalb der Branchen. Während weniger materialintensive Branchen wie das Dienstleistungsgewerbe gewachsen sind, sind Produktionsbereiche mit hohem Materialverbrauch eher geschrumpft. 2006 war erstmals seit 2003 wieder ein Rückgang der Rohstoffproduktivität in Höhe von 1,8 % zu verzeichnen und lag damit deutlich unter dem durchschnittlichen Produktivitätsanstieg von 2,4 % pro Jahr der vorangegangenen zehn Jahre. Der Score bei der vergangenheitsorientierten Bewertung sank folglich um zwei Punkte auf den Minimalwert von -2. Ein überproportionaler Anstieg des Verbrauchs an Baurohstoffen durch eine verstärkte Bautätigkeit im Jahr 2006 sowie eine deutliche Zunahme des Einsatzes von Erzen im Produktionsbereich waren trotz eines gestiegenen Bruttoinlandsprodukts für diese Entwicklung ursächlich. Wie bei der Energieproduktivität ist auch bei der effizienten Rohstoffnutzung feststellbar, dass eine Fortsetzung des bisherigen Entwicklungstempos der Produktivitätsverbesserung nicht ausreichen würde, um die politische Zielvorgabe einer Verdopplung der Rohstoffproduktivität bis zum Jahr 2020 gegenüber 1994 zu erfüllen. In den letzten fünf Jahren (2002-2006) ist die Rohstoffproduktivität im Durchschnitt nur noch um 0,4 % pro Jahr angestiegen, während zur Erreichung des Verdopplungsziels bis 2020 im verbleibenden Zeitraum eine durchschnittliche jährliche Verbesserung um 3,1 % notwendig wäre (politikzielorientierte Scorebewertung: -2).

### *Flächeninanspruchnahme*

Die Inanspruchnahme neuer Flächen für Siedlung und Verkehr belief sich im Jahr 2006 (aktueller Datenrand) auf 106 ha pro Tag. Die Zunahme lag damit deutlich unter dem Durchschnitt der vorangegangenen zehn Jahre (122 ha/Tag), weshalb das Ergebnis mit einem Scorewert von 2 bewertet wurde. Zu beachten ist hierbei, dass die jährlichen Veränderungs-raten der Flächeninanspruchnahme derzeit durch externe Effekte – in erster Linie Umstel-lungen in den amtlichen Liegenschaftskatastern – beeinflusst sind. Doch auch im langfristi-gen Trend ist feststellbar, dass sich der Zuwachs an Siedlungs- und Verkehrsfläche in den letzten Jahren abgeschwächt hat. Nichtsdestotrotz ist Deutschland noch weit entfernt von dem Ziel der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie, bis zum Jahr 2020 den Flächenverbrauch auf 30 ha pro Tag zu begrenzen (politikzielorientierte Scorebewertung: -2). Insgesamt nahm die Siedlungs- und Verkehrsfläche in Deutschland von 1993 bis 2006 um 15,2 % zu, bei ei-nem Bevölkerungswachstum von nur 1,7 % im selben Zeitraum. Dabei wuchs die Sied-lungsfläche, bestehend aus Gebäude-, Erholungs- und Betriebsflächen, stärker (+20,7 %) als die Verkehrsfläche (+7,2 %).

### *Luftqualität*

Im Rahmen der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie wurde das Ziel festgelegt, die Luftschad-stoffbelastung für die Emissionen von Schwefeldioxid, Stickstoffoxiden, Ammoniak und flüch-tigen organischen Verbindungen im Mittel um 70 % bis 2010 gegenüber 1990 zu reduzieren. Bis 2006 (aktueller Datenrand) konnte ein gemittelter Rückgang der betrachteten Schad-stoffemissionen um 55 % verzeichnet werden und traf damit annähernd den aus der politi-schen Zielvorgabe abgeleiteten Sollwert für 2006 (politikzielorientierte Scorebewertung: 0). Die deutliche Verringerung der Luftschadstoffbelastung seit 1990 ist im Wesentlichen auf den Einbau von Entschwefelungs- und Entstickungsanlagen in Kraftwerken und die Verbrei-terung der Katalysatorteknik in Ottomotoren zurückzuführen, wobei die größten Minde-rungserfolge in der ersten Hälfte der 1990er-Jahre erzielt wurden. Seit einigen Jahren gehen die Emissionen nur noch langsam zurück. Im Jahr 2006 betrug die Minderungsrate gegen-über dem Vorjahr lediglich 0,7 % und lag damit deutlich unter dem Durchschnitt der vorange-gangenen zehn Jahre (-3 %). Gemessen an der historischen Benchmark erreichte der Score damit wie in den letzten vier Jahren nur einen Wert von -1. Die einzelnen Emissionsarten trugen in unterschiedlichem Ausmaß zu der bereits erzielten Emissionsminderung zwischen 1990 und 2006 bei. Am stärksten konnten die Schwefeldioxidemissionen mit 89,6 % redu-ziert werden, gefolgt von den flüchtigen organischen Verbindungen mit 64,2 % und den Stickstoffoxiden mit 51,3 %. Lediglich geringe Minderungen in Höhe von 15,9 % konnten im Bereich der weit überwiegend landwirtschaftlich verursachten Ammoniakemissionen erzielt werden.



### *Artenvielfalt*

Der Indikator für die Artenvielfalt beruht auf die Bestandsentwicklung von insgesamt 59 ausgewählten Vogelarten, die die wichtigsten Landschafts- und Lebensraumtypen sowie Landnutzungen in Deutschland repräsentieren. Im Rahmen der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie wurde das Ziel festgelegt, die Bestandsgröße der ausgewählten Vogelarten aus dem Jahr 1975 bis zum Jahr 2015 zurückzuerlangen. Im Jahr 2006 (aktueller Datenrand) lag der entsprechende Indikator bei 69,8 % des Zielwerts für 2015 (Vorjahr: 74,6 %) und fiel damit deutlich unter den Wert des Durchschnitts der vorangegangenen zehn Jahre (72,4 %). Der Scorewert bei der vergangenheitsorientierten Bewertung sank folglich im Vergleich zum Vorjahr um vier Zähler auf den Minimalwert von -2. Der hohe Rückgang des Indikatorwertes im Jahr 2006 gegenüber dem Vorjahr ist vermutlich auf den vergleichsweise kalten Winter 2005/2006 zurückzuführen. Im langfristigen Trend ist allerdings erkennbar, dass sich der Indikatorwert in den letzten Jahren kaum verändert hat und sich im Zehnjahresdurchschnitt zwischen 72 und 73 % bewegt. Das heißt aber auch, nach wie vor sind große zusätzliche Bemühungen zur Sicherung und Förderung von Natur und Landschaft und der biologischen Vielfalt notwendig, um das angestrebte Ziel im Jahr 2015 erreichen zu können (politikzielorientierte Scorebewertung: -2). Besondere Anstrengungen sind hierbei bei der Umsetzung einer dauerhaft umweltgerechten und nachhaltigen Flächennutzung insbesondere in der Agrarlandschaft, den Wäldern und den Siedlungen notwendig, die zusammen 90 % der Gesamtfläche Deutschlands ausmachen.

## **Gesellschaftlicher Zusammenhalt**

Die gesellschaftliche Entwicklung verlief 2007 unter dem Blickpunkt der Nachhaltigkeit etwas besser als 2006. Per saldo erreichte die Dimension Gesellschaftlicher Zusammenhalt im Jahr 2007 einen Score von 0,1. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet dies eine Steigerung um 0,3 Zähler. Damit konnte zum ersten Mal seit 2005 wieder die generelle Benchmark – der gleitende Durchschnitt der vorangegangenen zehn Jahre – leicht übertroffen werden. Positiv hervorzuheben ist hier insbesondere das Schlüsselthema Wirtschaftliche Teilhabe, in dem alle Basisindikatoren (Erwerbstätigenquote, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, Langzeitarbeitslosenquote) den Maximalscore von 2 erreichten. Diese Entwicklung ist vor allem auf die hervorragende ökonomische Position Deutschlands in den letzten beiden Jahren zurückzuführen, die mit hohen Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukt einherging. Beurteilt man die Gruppe Gesellschaftlicher Zusammenhalt anhand vorliegender quantitativer politischer Zielvorgaben (für die Schlüsselthemen Wirtschaftliche Teilhabe, Bildung, Gesundheit, Gleichberechtigung und Internationale Verantwortung liegen Politikziele vor), so liegt das Scoreergebnis per saldo im Jahr 2007 mit einem Wert von -0,4 deutlich unter der Referenziellinie von Null. Im Vergleich zum Vorjahr konnte allerdings eine leichte Verbesserung des Ergebnis um 0,1 Zähler erreicht werden. Zu der negativen Scorebewertung im Jahr 2007 haben insbesondere die Zielabweichungen bei den Schlüsselthemen Bildung, Gleichberechtigung und Internationale Verantwortung beigetragen.

### *Wirtschaftliche Teilhabe*

Das Schlüsselthema Wirtschaftliche Teilhabe hat sich gemessen an der historischen Benchmark im Jahr 2007 äußerst positiv entwickelt. Alle drei Basisindikatoren – Erwerbstätigenquote, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und Langzeitarbeitslosenquote – haben den Maximalscore von 2 erreicht. Die Erwerbstätigenquote ist 2006 (aktueller Datenrand) gegenüber dem Vorjahr um 1,5 Prozentpunkte auf 67,5 % angestiegen. Der damit erreichte höchste Wert seit 15 Jahren ist neben der überaus positiven Entwicklung am Arbeitsmarkt zum Teil auch der methodischen Umstellung der offiziellen Statistik aus dem Jahr 2005 geschuldet. Auch die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung konnte sich positiv vom gleitenden Zehnjahresdurchschnitt absetzen. Sie wuchs 2007 um 2,2 % auf rund 27 Mio. Personen, nachdem sie zuvor 4 Jahre rückläufig gewesen war. Die Langzeitarbeitslosenquote fiel 2007 um erfreuliche 0,7 Prozentpunkte auf einen Wert von 3,6 %, nachdem sie im Durchschnitt der vorangegangenen zehn Jahre noch um 0,13 % p. a. angestiegen ist. Gemessen an der Politikzielvorgabe bis 2010 die Erwerbstätigenquote auf 73 % zu steigern, hat sich der politikzielorientierte Score des Basisindikators zwar um einen Punkt gegenüber dem Vorjahr verbessert, weist aber mit -1 immer noch eine Untererfüllung im Hinblick auf den notwendigen Entwicklungspfad zur Zielerreichung auf.

### *Politische Teilhabe*

Der Basisindikator für die politische Teilhabe beruht auf der strukturellen Wahlbeteiligung im bevölkerungsgewichteten Durchschnitt der jeweils aktuellsten Wahlen auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene. Seine Entwicklung soll einen Hinweis darauf geben, inwieweit die Gesellschaft an politischen Prozessen und der Meinungsbildung in der Bundesrepublik Deutschland partizipiert. Unter Berücksichtigung der Landtags- und Kommunalwahlen in Bremen als einzige Wahl des Jahres 2007 ist die durchschnittliche strukturelle Wahlbeteiligung weiter gefallen (-0,1%), allerdings sehr viel geringer als dies im Durchschnitt der vorangegangenen zehn Jahre der Fall war (-0,8 %), weshalb das Ergebnis mit einem Scorewert von 1 bewertet wurde. Insgesamt ist die strukturelle Wahlbeteiligung im Zeitraum 1990 bis 2007 von 73,0 % auf 63,7 % gefallen.

### *Bildung*

Per saldo haben sich die Bildungsindikatoren im Jahr 2007 wie bereits 2006 entsprechend des Zehnjahresdurchschnitts entwickelt, was zu einem Schlüsselthemenscore von Null führte. Dabei verlief die Entwicklung bei den betrachteten drei Basisindikatoren sehr unterschiedlich. Der Anteil der Niedrigqualifizierten (ohne beruflichen Bildungsabschluss) an der Gruppe der 25 bis 30-jährigen ist 2006 (aktueller Datenrand) zwar um 0,72 Prozentpunkte auf 27,2 % angestiegen, entwickelte sich damit aber wie im Durchschnitt der vorangegangenen zehn Jahre, weshalb das Ergebnis mit einem Scorewert von Null bewertet wurde. Im Vergleich zu 2005 konnte der Zuwachs der Niedrigqualifizierten allerdings nahezu halbiert werden. Der

Anteil der Hochqualifizierten (mit Hochschulabschluss) an der Gruppe der 25 bis 30-jährigen erreichte 2006 mit 12,8 % annähernd das Niveau des Vorjahres, wuchs im Vergleich zu den Vorjahren jedoch unterdurchschnittlich, was folglich zu einem Negativscore von -1 führte. Auch die Studienanfängerquote stagnierte in den letzten beiden Jahren mit 35,3 % im Jahr 2006 und 34,4 % im Jahr 2007, konnte aber immer noch in Bezug auf den Zehnjahresdurchschnitt (32,58 %) einen erfreulichen Score von 1 erreichen. Dies darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass das derzeitige Entwicklungstempo bei der Studienanfängerquote nicht ausreicht, um das Politikziel einer Erhöhung auf 40 % bis zum Jahr 2010 erfüllen zu können. Gemessen an der politikzielorientierten Benchmark erzielte die Studienanfängerquote damit nur den Minimalscore von -2 und drückt so den am Politikziel ausgerichteten Score für das gesamte Schlüsselthema Bildung relativ zu der vergangenheitsorientierten Bewertung um einen Zähler auf den Wert von -1.

### *Gesundheit*

Treten in einer Bevölkerung gehäuft Todesfälle in einem Alter auf, das deutlich unter der durchschnittlichen Lebenserwartung liegt, ist dies ein Hinweis auf Mängel in der gesundheitlichen Betreuung bzw. in der gesunden Lebensweise der Bevölkerung. Im Rahmen der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie wurde im Hinblick auf den Gesundheitszustand der Bevölkerung das Ziel definiert, die vorzeitige Sterblichkeit der unter 65-jährigen bis zum Jahr 2015 bei Männern auf höchstens 190 und bei Frauen auf höchstens 115 Todesfälle je 100.000 Einwohner zu begrenzen. Im Zeitraum 1991 bis 2006 (aktueller Datenrand) ist der Indikator für die vorzeitige Sterblichkeit kontinuierlich zurückgegangen (Männer: -35 %; Frauen: -30 %). Dabei ist anzumerken, dass sich die vorzeitige Sterblichkeit bei den Männern schneller vermindert als bei den Frauen, d. h. das statistische Risiko von Männern, vor dem 65. Lebensjahr zu versterben, sinkt – von einem hohen Niveau kommend – jedes Jahr schneller als das der Frauen. 2006 konnte gemessen an der historischen Benchmark insgesamt ein leicht überdurchschnittlicher Rückgang der vorzeitigen Sterblichkeit verzeichnet werden (Score: 0,5). In absoluten Zahlen ausgedrückt starben im Jahr 2006 247 Männer (1991: 381) und 141 Frauen (1991: 200) je 100.000 Einwohner vor dem 65. Lebensjahr. Damit konnte die gesundheitliche Situation der Menschen in Deutschland im Vergleich zu 1991 stetig verbessert werden. Bei gleich bleibender Entwicklung ist davon auszugehen, dass der von der Bundesregierung gesetzte Zielwert für die vorzeitige Sterblichkeit bis 2015 erreicht werden kann (politikzielorientierte Scorebewertung: 1).

### *Sicherheit*

Insgesamt betrachtet hat sich die Sicherheitslage in Deutschland im Jahr 2007 weiter verbessert, allerdings in einem geringeren Tempo wie in den Vorjahren. Die erfassten Straftaten pro 100.000 Einwohner in der Bundesrepublik sind 2007 im Vergleich zum Vorjahr um 0,2 % auf 7.635 zurückgegangen. Der Rückgang der Straftaten hat sich damit allerdings deutlich unter dem Durchschnitt der vorangegangenen zehn Jahre (-0,6 %) bewegt, weshalb das

Schlüsselthema Sicherheit im Jahr 2007 nur einen Negativscore von -1 erreichte. Absolut betrachtet sind im Jahr 2007 ca. 20.000 Straftaten weniger registriert worden. Im Vergleich dazu waren es im Jahr 2006 fast 90.000 Straftaten weniger und im Jahr 2005 sogar rund 240.000.

### *Gleichberechtigung*

Der Verdienstrückstand von Frauen gegenüber ihren männlichen Kollegen gemessen am Bruttostundenverdienst stagniert seit einigen Jahren und lag 2006 (aktueller Datenrand) bei durchschnittlich 22 % (vergangenheitsorientierte Scorebewertung: -1). Das politisch vorgegebene Ziel – den Verdienstrückstand von Frauen bis zum Jahr 2010 auf 15 % zu reduzieren – wird mit einer Entwicklung in dieser Geschwindigkeit nicht erreicht werden können (politikzielorientierte Scorebewertung: -2). Weitere Anstrengungen sowohl von der privaten Wirtschaft wie auch der Politik sind notwendig, um den noch immer erheblichen, so genannten „gender pay gap“ zu reduzieren.

### *Integration*

Die gemessene Differenz zwischen der Arbeitslosenquote der in Deutschland lebenden Ausländer und der gesamtdeutschen Arbeitslosenquote ist zwischen 2005 und 2007 um 2,1 Prozentpunkte auf 10,1 % zurückgegangen, lag damit aber immer noch deutlich über dem Durchschnittswert der vorangegangenen zehn Jahre (8,6%), sodass dieser Basisindikator nur einen Negativscore von -1 erzielte. Die Aufnahme ausländischer Arbeitskräfte in den deutschen Arbeitsmarkt funktioniert immer noch nur mäßig. Der aktuelle, leicht gesunkene Indikatorwert macht etwas Hoffnung auf eine zukünftige Verbesserung. Weitere politische und gesamtgesellschaftliche Anstrengungen sind aber auch hier vonnöten, um die Situation von ausländischen Arbeitskräften am Arbeitsmarkt zu verbessern. Eine bessere Integration ausländischer Kinder in die höheren Bildungssysteme wäre ein erster Schritt, da die im Durchschnitt niedrigeren Bildungsabschlüsse wesentlich zur höheren Arbeitslosenquote der ausländischen Mitbürger beigetragen haben.

### *Internationale Verantwortung*

Relativ zum Zehnjahresdurchschnitt bewertet, erzielten die Basisindikatoren für das Schlüsselthema Internationale Verantwortung im Jahr 2007 per saldo einen positiven Score von 0,5 (-1,5 Zähler im Vergleich zu Vorjahr). Die positive Entwicklung des Basisindikators Entwicklungszusammenarbeit konnte im Jahr 2007 fortgesetzt werden; der Anteil der öffentlichen Entwicklungsausgaben am Bruttonationaleinkommen (ODA-Quote) lag bei 0,37 % und damit geringfügig höher als im Vorjahr (0,36 %). Die ODA-Quote liegt damit aber im dritten Jahr in Folge deutlich über ihrem Zehnjahresdurchschnitt und konnte jeweils den Maximalscore von 2 erreichen. Der Anstieg der deutschen ODA-Quote in den letzten Jahren und die bereits vereinbarte weitere Aufstockung der öffentlichen Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit

bis 2010 zeigen den Willen der Bundesregierung zur Umsetzung der im Europäischen Rat vereinbarten Stufenziele. Zur Erreichung der ersten Stufe im Jahr 2010 – einer ODA-Quote von 0,51 % – werden jedoch noch weitere erhebliche Anstrengungen notwendig sein. Aufgrund dieser Lücke zum von der Bundesregierung vorgegebenen Ziel wird in der politikzielorientierten Bewertung nur ein Negativscore von -1 erreicht. Auch die deutschen Importe aus Entwicklungsländern haben sich in den letzten zehn Jahren fast kontinuierlich erhöht. Lediglich im Jahr 2002 gab es einen Rückgang, der mit -0,9 % jedoch deutlich niedriger ausfiel als der Rückgang der deutschen Importe insgesamt (-4,5 %). Bereits 2003 wuchsen die Importe aus Entwicklungsländern wieder stärker als die deutschen Gesamtimporte. Der starke Anstieg der Importe aus Entwicklungsländern in den Jahren 2004 bis 2006 reflektiert sich in den positiven Scorewerten dieser Jahre. Im Vergleich dazu sind die Einfuhren aus Entwicklungsländern im Jahr 2007 mit 7,3 % unterdurchschnittlich gewachsen und weisen daher einen negativen Score von -1 aus.

**Zur Konstruktion und Interpretation des KfW-Nachhaltigkeitsindikators:**

Der KfW-Nachhaltigkeitsindikator gibt Auskunft über Stand und Fortschritt der nachhaltigen Entwicklung in Deutschland. Um das abstrakte Konzept der Nachhaltigkeit zu konkretisieren und die verschiedenen Dimensionen der Nachhaltigkeit adäquat abbilden zu können, wurden für die Bereiche Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaftlicher Zusammenhalt geeignete Schlüsselthemen identifiziert und mit passenden Basisindikatoren hinterlegt, die die Entwicklung in den Themenbereichen messen sollen. Das zum Einsatz kommende Indikatorensystem orientiert sich dabei weitgehend an dem Indikatorengerüst der Nachhaltigkeitsstrategie der deutschen Bundesregierung. Fortschritte im Bereich der nachhaltigen Entwicklung werden grundsätzlich anhand von Veränderungen der Basisindikatoren im Zeitablauf gemessen. Für 16 der ausgewählten 30 Basisindikatoren liegen zudem quantitative politische Zielvorgaben für eine nachhaltige Entwicklung vor. In diesen Fällen wird neben der vergangenheitsorientierten Bewertung ergänzend eine politikzielorientierte Bewertung vorgenommen, wodurch sich der Spannungsbogen zwischen Veränderungen im Zeitablauf einerseits und politischem Zielerreichungsgrad andererseits aufzeigen lässt. Die notwendige Verdichtung der vorliegenden Einzelinformationen erfolgt mittels eines Scoreverfahrens (Einsatz einer fünfwertigen Punkteskala mit -2 als Minimal- und +2 als Maximalergebnis).

Der KfW-Nachhaltigkeitsindikator wird einmal jährlich berechnet. Die Ergebnisse werden exklusiv in der Frankfurter Rundschau erstveröffentlicht. (Ausführliche Informationen zur Konstruktion des KfW-Nachhaltigkeitsindikators siehe [www.kfw.de](http://www.kfw.de).)

Bei der Interpretation der Kurvenverläufe des KfW-Nachhaltigkeitsindikators gilt:

Ein Scorewert von Null signalisiert, dass das betrachtete System im Durchschnitt die gewählte Benchmark – definiert als Durchschnitt der vorangegangenen zehn Jahre bzw. politisch abgeleiteter Zielwert – erreicht. Ein positiver Score weist darauf hin, dass die gewählte Benchmark übertroffen ( $0 < \text{Scorewert} \leq 1$ ) oder sogar stark übertroffen ( $1 < \text{Scorewert} \leq 2$ ) wird, wohingegen ein negativer Scorewert anzeigt, dass noch Handlungsbedarf besteht, um die Benchmark zu erreichen – und zwar umso mehr, je näher der durchschnittliche Scorewert in dem betrachteten Bereich bei -2 liegt.

Zu beachten ist, dass das Indikatorensystem im Vorfeld der Berechnung des KfW-Nachhaltigkeitsindikators 2007 überarbeitet wurde. Die aktuellen Ergebnisse des KfW-Nachhaltigkeitsindikators sind damit nur eingeschränkt mit der Vorjahresversion vergleichbar, da die Zeitreihen konsistent zurückgerechnet wurden.

**Kontakt:**

Projektkoordination, Nachhaltigkeitsdimension Umwelt:

Anke Brüggemann, (069) 7431-1736, [anke.brueggemann@kfw.de](mailto:anke.brueggemann@kfw.de)

Scoreverfahren, Nachhaltigkeitsdimension Wirtschaft:

Dr. Klaus Borger, (069) 7431-2455, [klaus.borger@kfw.de](mailto:klaus.borger@kfw.de)

Nachhaltigkeitsdimension Gesellschaftlicher Zusammenhalt:

Alexander Klein, (069) 7431-3307, [alexander.klein@kfw.de](mailto:alexander.klein@kfw.de)

Ansprechpartnerin für die Presse:

Dr. Charis Pöthig, (069) 7431-4683, [charis.poethig@kfw.de](mailto:charis.poethig@kfw.de)